

24.09.2010

ZUM VERSTÄNDNIS:

SKEPTISCHE AGENTEN UND NORMATIVE STRUKTUREN IN DER NUKLEAREN
RÜSTUNGSKONTROLLPOLITIK DER USA

Beitrag zum Sammelband: Hils, Jochen/Wilzewski, Jürgen, Wolf, Reinhard (Hg.): „Assertive
Multilateralism and Preventive War: Die Außen- und Weltordnungspolitik der USA von
Clinton zu Obama aus theoretischer Sicht“, Baden-Baden: Nomos 2011

Prof. Dr. Sebastian Harnisch

Institut für Politische Wissenschaft

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

69115 Heidelberg

Telefon: +49-6221-54-2859

E-Mail: sebastian.harnisch@uni-heidelberg.de

Web: <http://harnisch.uni-hd.de>

1. Einleitung

In seinem Beitrag “Guardian of Arms Control and Ruthless Strive for Autonomy” über die US-amerikanische Rüstungskontrollpolitik seit Beginn der 1990er Jahre geht Martin Senn der Frage nach, welche uni-, bi-, pluri-, und multilateralen Tendenzen sich aus vergleichender Perspektive in den Clinton-Bush Jr.- und der bisherigen Obama-Administration erkennen lassen und wie diese zu erklären seien. Er argumentiert, dass sich die wechselnden US-Verhaltensmuster am besten mit Hilfe des Ansatzes der “Epistemischen Gemeinschaften“ von Ernst Haas (1992) im Verbund mit dem Modell von Jeffrey Knopf (1998) zur Wirkungsweise von Protestbewegungen erklärt werden könnten. Senn stellt fest, dass die Varianz der abhängigen Variablen – die Ausprägung der Rüstungskontrollstrategien anhand ihres Charakters, ihrer Form, ihrer Instrumente, des jeweiligen Institutionalisierungsgrades und ihre Verbindlichkeit – auf die Varianz des Einflusses und der jeweiligen Wirkungspfade einer “epistemischen Gemeinschaft von Rüstungskontrollskulptikern“ (Adler 2005) zurückgeführt werden kann.

Der Aufsatz gibt einen umfassenden und systematischen Überblick über den Wandel der Rüstungskontrollpolitik unter den Bedingungen von Unipolarität und US-amerikanischer militärischer Suprematie, der auch in seiner theoretischen Reflektion momentan im deutsch- und englischsprachigen Raum nur wenig Konkurrenz findet (vgl. etwa Burns 2009; O’Neill 2010). Die inhaltlich starke – wenngleich etwas langwierige – Einführung rüstungskontrollpolitischer Grundbegriffe – wird positiv gewendet, indem sie dem Leser aus vergleichender Perspektive die wichtigsten Veränderungen konzise wiedergibt: ein Mix aus kooperativ-vertraglichen Kontroll- und militärisch gestützten Anti-Proliferationsinstrumenten unter Clinton verschiebt sich in Richtung auf vermehrte uni- und plurilaterale, nicht-kooperative und nicht-vertragsgestützte Maßnahmen unter George W. Bush bevor eine vertragsbasierte und kooperative Strategie, die auch vertikale Abrüstungsmaßnahmen, bspw. mit Russland beinhaltet, unter Barack Obama wieder die Oberhand gewinnt. Auch wenn der US-Politik im Umgang mit den wichtigsten Proliferationsstaaten der 1990er Jahre (Irak, Nordkorea, Libyen und Iran) mehr empirische und theoretische Aufmerksamkeit geschenkt werden hätte können, so ist der empirischen Analyse doch kaum etwas hinzuzufügen.

Vielmehr diskussionswürdig sind Senns Ausführungen zur unabhängigen Variablen – i.e. der methodischen und epistemologischen Einbettung – der relativen Stärke der epistemischen Gemeinschaft der Rüstungskontrollskptiker. Problematisch an Senns Erklärungspfad ist dreierlei: die Verortung sozial-konstruktivistischer Ansätze auf der/einer subsystemischen Analyseebene; der irreführende Kausalnexus zwischen Politikwechsel und Administrationswechsel sowie die wenig plausible Abgrenzung gegenüber rivalisierenden bzw. komplementären Ansätzen, die erhebliches Verständnispotential verschenkt.

2. Subsystemische Verortung: Kognitivismus versus sozialer Konstruktivismus

Senn bricht in seiner Darstellung der US-Rüstungskontrollpolitik mit bestehenden sozial-konstruktivistischen Erklärungspfaden, wenn er den Politikwandel primär auf individuelle – kognitive Überzeugungen – und deren institutionelle Einflusswege – Opposition im Kongress und außenpolitischen Bürokratie – zurückführt und die konstitutiven normativen Gelegenheitsstrukturen außer Acht lässt. In kognitivistischen Erklärungen wird „Unsicherheit über die Umwelt“ nicht als „Unklarheit über die Zuschreibung von Sinn“, bspw. welche Rolle soll die USA im Konflikt mit dem Irak einnehmen, sondern als „analytische Unsicherheit“ (Iida 1993) konzeptualisiert, in der die Akteure die Ursache-Wirkungszusammenhänge nicht verstehen, aber sich ihrer Identität bewusst sind. In dieser Sicht wird ein Politikwechsel durch eine veränderte Repräsentanz der Wirklichkeit in der Kognition des Entscheidungsträgers operationalisiert, die aber weiterhin einer (generell) objektiv erfahrbaren Realität gegenüber steht. Zwei Entscheidungsträger sehen physisch das Gleiche, reagieren kognitiv aber abweichend (Goldgeier/Tetlock 2001).

Sozialkonstruktivistische Erklärungen zielen im Gegensatz darauf ab,¹ jene soziale Struktur zu identifizieren, die das jeweilige Verhalten „ermöglicht“, „prägt“ oder „bedingt“. So ist es nicht die „Konstruktion einer Gemeinschaft demokratischer Staaten“, die sich gegen „Schurkenstaaten“ zur Wehr setzen muss und deren „Führungsrolle“ die USA einnehmen, die verständlich macht, dass bereits die Clinton-Administration militärische Counter-Proliferation geplant (und im Falle Nordkoreas am 16. Juni 1994 beinahe umgesetzt hätte). Es ist die Durchsetzung der Sichtweise einer Gruppe von Rüstungskontrollskptikern im Politikprozess,

¹ Die Übergänge sind hier oftmals fließend.

die erklärt, warum „Schurkenstaaten“ grundsätzlich misstraut wird und deshalb militärische Maßnahmen, wie im Falle des Irak 1993, 1998 und schließlich 2003, notwendig werden.

Aus epistemologischer Sicht sind sozial-konstruktivistische Ansätze deshalb immer konstitutive, d.h. solche, in denen die Akteure und ihr Handeln nur in und durch die soziale Struktur (Identität – Gruppe, Rolle- Komplementärrolle), verstanden werden kann. Kausale Erklärungen, die eine individuelle Kognition als Grund für ein Handeln angeben, sind damit nicht ausgeschlossen. Sie werden aber regelmäßig durch eine konstitutive Logik ergänzt, wie wurde es möglich (welche Identität, Norm etc. lässt es legitimierbar werden), dass die USA ohne ausdrückliche Zustimmung des UN-Sicherheitsrates einen souveränen Staat angreifen?

3. Personenwechsel oder Paradigmenwechsel? Veränderung in der relativen Deutungsmacht

Ausgangspunkt einer solchen, auch konstitutiven, sozial-konstruktivistischen Argumentation ist u.a. die Beobachtung, dass in der US-amerikanischen Proliferationsliteratur zu Beginn der 1990er Jahre eine neue Erklärung für den relativen Erfolg des Atomwaffensperrvertrages bei der Verhinderung von Proliferation aufkam. Diese Erklärung erhielt wenig später, durch die Aufdeckung des geheimen irakischen Programms (im Zuge des Golfkrieges 1990/91), starke Resonanz in der US-Elite (Hymans 2010: 23). Benjamin Frankel und Avner Cohen argumentierten hier, dass die tatsächlich bestehende Stärke der Nonproliferationsnorm eben nicht dazu führe, dass die Staaten das Interesse an Nuklearwaffen verlören, sondern lediglich bewirke, dass sie davor zurückschrecken, ihr Interesse öffentlich zu bekunden. So lasse sich am Idealtyp Israel zeigen, dass eine starke Norm zu einem bestimmten, aber aversen Verhalten, der „Politik der nuklearen Opazität“ (nuclear opacity) führe, aber nicht zur regelgerechten Aufgabe von nuklearen Waffenprogrammen (Cohen/Frankel 1991).

In dieser Argumentation firmiert demnach das soziale Umfeld als ermöglichende Bedingung, aber nicht als Grund für das entsprechende Proliferationsverhalten. Entsprechend argumentierten Frankel und Cohen, dass bestehende Maßstäbe Instrumentarien zur Messung (Nukleare Tests, öffentliche Bekundungen, direkte Bedrohungen, Doktrin-Entwicklung und Dislozierung) nicht länger gültig beanspruchen könnten. Vielmehr müsse die fehlende

Information durch die Extrapolation des technischen Potentials der Proliferateure ersetzt werden (Cohen/Frankel 1991).

Aus Sicht der praktischen Politik führte die Verbreitung dieser Einsicht in der US-Nonproliferationsgemeinde dazu, dass immer invasivere Verifikationsmethoden zur Anwendung in der Politik gegenüber „opaken Programmen“ gelangten, denn die Abwesenheit potentieller Nuklearkapazitäten lässt sich sicher nur durch die vollständige freiwillige (oder erzwungene) Offenlegung aller Programmteile feststellen. Epistemologisch betrachtet bedeutet dieses Argument, dass die Veränderung der US-Rüstungskontrollpolitik auf die Veränderung der sozialen Konstruktion der Nichtverbreitungsnorm zurückgeführt werden: oberflächlich ist die Norm stark, „tatsächlich“ aber schwach, da Proliferateure nur in den Untergrund getrieben werden.

So sind die Erfahrungen mit „opaker Proliferation“ (die Erkenntnisse über das irakische Programm im Zuge des Golfkrieges, die Offenlegung der nordkoreanischen Safeguardsverfahren im Winter 1992/93; der nordkoreanische Raketentest im August 1998; das Potential eines weiteren nuklearterroristischen Anschlages nach 9/11, die Offenlegung der illegalen iranischen Aktivitäten) die konstitutiven Bedingungen, die es allen drei untersuchten US-Administrationen erlauben, sich als Bewahrer der Nichtverbreitungsnorm darzustellen, aber gleichzeitig zunehmend wichtige Regimeregeln für die USA selbst außer Kraft zu setzen. Die Legitimitätskrise des NV-Regime betrifft also nicht nur das Regime an sich, sondern auch die USA, die sich in ihrer Führungsrolle als „Wächter des Regimes“ geschwächt sieht. Lässt aber die Legitimität einer Ordnung und der sie stützenden funktionalen Rollen – „Wächter“ – nach, dann verändert sich die Rolle und die Ordnung, indem andere Herrschaftsmechanismen (militärischer Zwang und das Eigeninteresse der Betroffenen) verwendet werden:

»Sobald jedoch der Glaube an die Legitimität einer bestehenden Ordnung schwindet, wird die ins Institutionensystem eingelassene latente Gewalt freigesetzt – entweder als manifeste Gewalt von oben (was nur temporär möglich ist) oder in Form einer Erweiterung der Partizipationsspielräume (wodurch sich auch der Verteilungsschlüssel für Chancen legitimer Bedürfnisbefriedigung, d. h. der Repressionsgrad der Herrschaft verändert)« (Habermas 1973: 132 zitiert nach Daase 2003: 351).

Der Entgrenzung der eigenen Rolle der USA als Wächter steht somit die sprachliche Entgrenzung der Bedrohung gegenüber: nicht beobachtbares Verhalten oder bisheriges Verhalten (Probabilitäten), sondern mögliches, potentielles Verhalten wird zum Maßstab der

eigenen Rolle (Possibilitäten). Wächterrolle und Angreiferrolle verändern sich als komplementär analog, weil sie sozial aufeinander bezogen, also ko-konstitutiv, sind.

Besonders deutlich wird diese Rollenentgrenzung in den nationalen geheimdienstlichen Einschätzungen über potentielle Bedrohungen in den 1990er Jahren, die sich immer weiter von Wahrscheinlichkeiten und Intentionen abwendeten und Möglichkeiten und (potentiellen) Kapazitäten zuwendeten (Cirincione 2000). Unmittelbar nach dem unerwarteten Mittelstreckenraketenest Nordkoreas im Herbst 1998 erklärte die nach ihrem damaligen Vorsitzenden und späteren Verteidigungsminister benannte Rumsfeld-Kommission wie sich die „Methode“ der Risikoanalyse diesen neuen Gegebenheiten anpassen müsse:

„In analyzing the ballistic missile threat, the Commission used an expanded methodology. We used it as a complement to the traditional analysis in which a country’s known program status is used to establish estimates of its current missile capabilities. We believe this expanded approach provides insights into emerging threats that the prevailing approaches used by the Intelligence Community may not bring to the surface. (Rumsfeld Commission, 1998: Section II.G.)

Noch während der Clinton-Administration übernahmen dann alle US-Geheimdienste diese Logik, indem sie in ihrem National Intelligence Estimate von 1999 die Möglichkeit eines raschen Aufwuchses einer nordkoreanischen Interkontinentalkapazität betonten und deren wahrscheinliche Entwicklung in den Hintergrund drängten.

North Korea *could* convert its Taepodong-1 space launch vehicle (SLV) into an ICBM that *could* deliver a light payload (sufficient for a biological or chemical weapon) to the United States, albeit with inaccuracies that would make hitting large urban targets improbable. North Korea is more likely to weaponize the larger Taepodong-2 as an ICBM that *could* deliver a several-hundred kilogram payload (sufficient for early generation nuclear weapons) to the United States. Most analysts believe it *could* be tested at any time, probably initially as an SLV, unless it is delayed for political reasons. (NIC 1999: 2)

Dass sich diese Logik in den für solche Fragen im politischen Prozess vorgesehenen Gruppen (Kongress, Bürokratie, hier US-Geheimdienste) finden lässt, soll und kann hier gar nicht bestritten werden (vgl. auch Senn S. 25 zu formativen Ereignissen). Vielmehr geht es um die epistemologische Frage, ob die Aussagen dieser Gruppen das US-Verhalten „bewirkt“ haben

können, ohne dass der veränderte normative Geltungsanspruch der USA als „Guardian/Wächter“ des Regimes in den Blick genommen wird.

4. Die Abgrenzung gegenüber rivalisierenden bzw. komplementären Ansätzen

Die obenstehende Analyse soll u.a. deutlich gemacht haben, dass es in den Sozialwissenschaften nur wenige unabhängige Variable gibt, die nicht auch (zumindest temporär) als abhängige Variable konzeptualisiert werden können. So hat die öffentliche Meinung in den USA eine wichtige Funktion, in dem sie regelmäßig eine Regierung wählt (oder abwählt) und klare Erwartungen über eine amerikanische Führungsrolle in der Weltpolitik an diese richtet (Walt 2005: 29-61). Gleichzeitig lässt sich zumindest aus sozial-konstruktivistischer Perspektive die US-Rolle nicht auf die Erwartungen der US-Bürger reduzieren – auch nicht wenn externe Erwartungen von Verbündeten und Gegnern hinzukommen – denn US-Bürger erlangen erst durch die Identifikation mit der sozialen Gruppe der US-Gesellschaft, ihrer Geschichte, Institutionen etc., ihre Akteurschaft als Prinzipale – US-Bürger - des US-amerikanischen Regierungssystems.

Es ist daher mit der Feststellung Senns, seine sozial-konstruktivistische Erklärung sei realistischen und liberalen überlegen, auch in einer konstitutiven Analyse nicht sehr viel gewonnen. Zum einen verkürzt Senn diese Theorietraditionen in seiner Darstellung derart auf „intellektuelle Rümpfe“, dass sie kaum mehr als „plausible Gegner“ in einem kompetitiven Theorietest gelten dürfen. Zum anderen verschenkt der Beitrag so auch die Möglichkeit theoretische Neuerungen und Einsichten anderer Ansätze heranzuziehen, wenn es darum geht, dass eigene Vorgehen kritisch zu reflektieren. Ein Dialog, der explizit nicht auf die Synthese oder gar Integration unterschiedlicher Theorietraditionen zielen muss (Hellmann 2003), verspricht insbesondere dort einen Verständnis-orientierten Mehrwert zu generieren, wo konstitutive und kausalanalytische Aussagen miteinander verbunden werden sollen.

Aus einer solchen dialogischen Perspektive lässt sich für die realistische Theorietradition feststellen, dass sie beginnend mit Stephen Walts Balance of Threat-Ansatz (1985), spätestens aber mit dem Aufkommen neoklassisch-realistischer Erklärungen, wie denen von Wolforth (1993), Schweller (1994), Taliaferro (2001), Dueck (2009) und Jennifer Sterling-Folker (2002, 2009), subsystemische und sozial-konstruktivistische Elemente aufgenommen hat. Veränderungen im konkreten Balancing-Verhalten von Staaten – so sie denn überhaupt je – gegen den erklärten Willen von Kenneth Waltz (1996) – auf relative

Machtpotentialverschiebungen zurückgeführt werden konnten – können nunmehr mit kognitiven Strukturen (interner und externer Bedrohungseinschätzungen des Regimes) (Lobell 2009) oder kollektiv gehaltene Überzeugungen (Sterling-Folker 2009) verknüpft werden.

Aus der Perspektive des neoklassischen Realismus (Lobell 2009) ließe sich dann kritisch nachfragen, ob nicht der Zusammenbruch eines ebenbürtigen Gegners zwangsläufig zu einer Entgrenzung der eigenen außenpolitischen Interessen führt? Warum? Weil innenpolitisch die Aufrechterhaltung des relativen Machtvorsprungs – im Sinne einer uneingeschränkten Hegemonialposition - nunmehr durch keine direkte ebenbürtige Bedrohung zu rechtfertigen ist, sondern nur noch durch eine Ausweitung der Ziele – from deterrence to democratic expansion? Verändert sich die Salienz der Sicherheitspolitik für die innerstaatliche Machtbalance durch die nachlassende Bedrohung von außen, dann kann dies zum Aufbrechen bestehender parteipolitischer Allianzen führen und neuen, radikaleren Gruppen, wie den sog. „Neokonservativen“ oder der „Tea-Party“ in der republikanischen Partei Auftrieb geben.

Ob durch diese sozial-konstruktivistisch und domestisch geöffnete Variante des Realismus schon zusätzliches Verständnispotential gewonnen werden kann, bleibt natürlich diskutabel. Gleichzeitig ist auch die Verbindung des epistemischen Ansatzes von Adler mit den Einflusspfaden des von Knopf nicht ohne Lücken. Denn, so lässt sich füglich fragen, wie ist denn die vermehrte Dislozierung von führenden (primär neokonservativen) Rüstungskontrollskptikern in der Bush-Administration und die darauffolgende Durchsetzung dieser Minderheit gegenüber dem moderaten (Powell, Rice, Gates) und national-konservativen Realisten (Rumsfeld, Cheney) zu erklären? (Mitchell/Massoud 2009)

In Frage steht mithin, wie die Salienz neokonservativen Gedankenguts, das ja neben einem rüstungskontrollpolitischen Skeptizismus auch eine pro-aktive (auch militärisch-gestützte) Verbreitung demokratischer Ideen unter den Bedingungen weltpolitischer Vorherrschaft der USA forderte, in der ersten Bush-Administration zu erklären ist. Aus neoklassischer Sicht ließe sich einerseits strukturell(er) argumentieren, dass sich die „Balance-of-Threat“-Situation durch die Anschläge des 11. September deutlich verändert habe und daher ein pro-aktives Vorgehen ermöglicht hätte. Das Versagen der bisherigen reaktiven Strategie, Anschläge zu verhindern, erlaubte es der neokonservativen Gruppe, die asymmetrische Bedrohung durch Al Qaeda, durch eine Verquickung des Terrorismus mit undemokratischen Staaten (hosting

nations bzw. state sponsors), dann so umzudeuten, dass der militärisch-gestützte Regimewechsel in Afghanistan und dem Irak möglich wurde (Khong 2008).

Eine zweite, eher sozial-konstruktivistischen Identitätsansätzen zuneigende Interpretation, konzentriert sich auf die „tribalistische Gruppenidentität“ der Neokonservativen (Sterling-Folker 2009). Aus dieser Perspektive ergibt sich das Konfliktpotential in den internationalen Beziehungen aus rivalisierenden Gruppenidentitäten über die Verteilung von Werten und Ressourcen: sowohl innen- als auch außenpolitisch. Danach wurde die Intervention im Irak weniger von der Furcht vor einer möglichen Bedrohung durch irakische Waffen als vielmehr durch die Chance zur Durchsetzung der eigenen Wertordnung und damit der Auflösung des Identitätskonfliktes mit dem autokratischen System von Saddam Hussein getragen. Eine solche, gleichermaßen macht- wie demokratiepolitische, Auffassung findet sich gleich an mehreren Stellen der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2002 als auch in zahlreichen neokonservativen Schriften (Keller 2008):

„The United States possesses unprecedented— and unequalled—strength and influence in the world. Sustained by faith in the principles of liberty, and the value of a free society, this position comes with unparalleled responsibilities, obligations, and opportunity. The great strength of this nation must be used to promote a balance of power that favors freedom.” (NSS 2002: 1)

Ein Dialog mit den beiden skizzierten Ansätzen bietet m.E. erhebliches zusätzliches Erklärungspotential, denn rüstungspolitischer Skeptizismus und dessen verbesserter institutioneller Zugang können nicht hinreichend erklären, warum die Bush-Administration neben dem Abbruch rüstungskontrollpolitischer Institutionen und aktiver militärischer Interdiktion bei Proliferationsgefahr auch den Regimesturz als Rüstungskontrollmaßnahme einsetzte.

5. Conclusio

Martin Senn ist nicht allein auf der Suche nach einer Verbindung zwischen sozial-konstruktivistischen und liberalen Ansätzen zur Erklärung der US-amerikanischen Sicherheitspolitik (Rudolf 2010). Seine „Erklärung“ über die konsensual gehaltenen Ursache-Wirkungszusammenhänge in epistemischen Gemeinschaften und deren unterschiedlichen Wirkungswege im politischen System der USA bringt ohne Zweifel wichtige Erkenntnisse darüber zu Tage, wie sich unterschiedliche Argumentationen in den 1990er Jahren im rüstungskontrollpolitischen Diskurs durchgesetzt haben.

Senns Erklärung kann aber insoweit nicht überzeugen, als seine epistemologische Fundierung irreführend und seine kausalanalytische Argumentation entlang von Administrationen, die für sich schon eine liberale(re) Interpretation über die Veränderung sozialer Präferenzen nahegelegt hätte, wenig überzeugend ist. Hinzu kommt, dass er eine Erklärungshoheit für seinen Ansatz reklamiert, die dem oben skizzierten besseren Verständnis der US-Rüstungskontrollpolitik eher schadet als nutzt.

Wenn Senn die Veränderung der US-Rüstungskontrollinstrumente und Strategien auf den institutionellen Zugang der rüstungskontrollpolitischen Skeptiker zurückführt, dann stellt er die Frage nach den Faktoren, die deren vermehrten Einfluss erklären können. Die Identifikation der Einflusswege öffentlicher Meinung, Kongress und Bürokratie (nach Knopf 1998) allein hilft hier aber nicht weiter. Eine epistemologisch schlüssige Verknüpfung mit dem Adlerschen Argument hätte ja darauf abgezielt, zu klären, inwiefern die Argumentation der „epistemischen Gemeinschaft der Skeptiker“ im Diskurs mit Öffentlichkeit, Bürokratie und Kongress „in Resonanz getreten“ wäre: also mit den kausalanalytischen Annahmen dieser Gruppen oder den dahinterstehenden Vorstellungen der Aufgaben und Funktionen der USA in der internationalen Rüstungskontrollpolitik.

Es reicht daher nicht, den Einfluss der Rüstungskontrollskptiker allein auf die parteipolitische Ausgestaltung von Präsidentenamt und Kongress in einem liberal-republikanischen bottom-up Kausalpfad zurück zu führen. Vielmehr muss der verstärkte Einfluss in einem sozial-konstruktivistischen Ansatz auf die Veränderung der relativen Wertverteilung (welche Strategie verspricht besser die angestrebte Identität/Rolle der USA durchzusetzen?) zugunsten dieser Gruppe bezogen werden können. Senn verweist zwar kurz auf „formative Ereignisse“, wie den Golfkrieg 1990/91, die Nordkoreakrisen 1994/98 (S. 25); er verbindet diese aber nicht systematisch in einem kausal- oder konstitutionsanalytischen Argument (s.o.).

So bleibt letztendlich z. B. auch unklar, wie es möglich wurde, dass die USA das bestehende Nichtverbreitungsregime zugunsten der „indischen Demokratie“ in einigen wichtigen Bestimmungen außer Kraft setzen konnten und wollten. Die „gute demokratische Bombe“ (Perkovich 2006) ist eben nicht nur gewachsener Einflusses von Rüstungskontrollskptikern, sondern auch Ausdruck einer neuen „Sozialstruktur der internationalen Beziehungen“, in der die demokratische Führungsmacht USA Rechte auf der Grundlage von

„Regimeverlässlichkeit“ und nicht mehr auf der Grundlage von Souveränität oder völkerrechtlich verbindlichen Verträgen zuteilt (Krisch 2005; Simpson/Wheeler 2007).²

Dass aber prinzipiell jede soziale Gruppe eine adverse Gruppenidentität tragen kann, hätte Senn in einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit dem sozial konstruktivistischen Ansätzen (Doty 1996; Mitzen 2006) oder neoklassischen Ansätzen des Realismus erfahren können (u.a. Sterling-Folker 2009). Auch demokratische Staaten reifizieren Souveränität oder untergraben diese, indem sie dem „Anderen“ souveräne Rechte in der Rüstungspolitik zugestehen oder verweigern.

Aus liberaler Sicht schließt sich hier nahtlos die Frage an, inwieweit der zwischenstaatliche Ideenwettbewerb (wir demokratische Staaten gegen die Schurkenstaaten) durch den innerstaatlichen Ideenwettbewerb – im Sinne der Parteienkonkurrenz um Wähler – mitgeprägt wird bzw. durch diesen beeinflusst wird. Die wachsende Polarisierung des US-amerikanischen Parteiensystems in Fragen der Außenpolitik wäre demnach die Wurzel des Niedergangs der liberalen – auf Institutionen und Ausgleich gerichteten – internationalen Ordnung (Kupchan/Trubovitz 2007), deren Teil das derzeitige Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsregime ist. Ob dieser Effekt in der US-Rüstungskontrollpolitik tatsächlich anzutreffen ist, kann hier nicht erhoben werden. Eine vertiefte Diskussion verdiente diese liberale These, wie jene des neoklassischen Realismus, allemal.

² Gleiches lässt sich auch für die unterschiedlichen bilateralen Nuklearabkommen der Obama-Administration gegenüber den Staaten im Nahen Osten (verbindlicher Verzicht auf Erlangung des vollen Brennstoffkreislaufs, i.e. Urananreicherung und PU-Wideraufbereitung) und Vietnam (Gewährung/Duldung dieser Aktivitäten) feststellen, da sie die verbrieften Rechte des NVV bilateral sehr unterschiedlich unterstützen, vgl. Salomon 2010.

Literatur:

Adler, Emanuel (2005): *Communitarian International Relations: The Epistemic Foundations of International Relations*, London.

Burns, R.D. (2009): *The Evolution of Arms Control*, Santa Barbara/Oxford.

Cirincione, Joseph (2000): 'Assessing the Assessment: The 1999 National Intelligence Estimate of the Ballistic Missile Threat', in: *Nonproliferation Review* 7:1, 125–137.

Cohen, Avner/Frankel, Benjamin (1991): *Opaque Nuclear Proliferation*, in: Frankel, Benjamin (ed.): *Opaque Nuclear Proliferation*, London: Frank Cass, 14-44.

Daase, Christopher (2003): *Nonproliferation und das Studium internationaler Legitimität. Eine Antwort auf meine Kritiker*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 10:2, 351-364.

Dueck, Colin (2009): *Neoclassical realism and the national interest: presidents, domestic politics and major military interventions*, in: Lobell, Steven et al.(Hrsg.), *Neoclassical Realism, the State, and Foreign Policy*, Cambridge, 139-169.

Doty, Roxanne L. 1996: *Sovereignty and the Nation: Constructing the Boundaries of National identities*, in: Biersteker, Thomas/Weber, Cynthia (Hrsg.): *State Sovereignty as Social Construct*, Cambridge: Cambridge UP, 121-147.

Dueck, Colin (2008): *Reluctant Crusaders: Power, Culture, and Change in American Grand Strategy*, Princeton: Princeton UP.

Goldgeier, James/Tetlock, Philipp (2001): *Psychology and International Relations Theory*, in: *Annual Review of Political Science* 4, 67-92.

Haas, Peter (1992): *Introduction: epistemic communities and international policy coordination*, in: *International Organization*, 46:1, 1-36.

Hellmann, Gunther et al. (2003): *The Forum: Are Dialogue and Synthesis Possible in International Relations?*, in: *International Studies Review* 5, 123-153.

Hymans, Jacques (2010): *The Study of Nuclear Proliferation and Nonproliferation. Toward a New Consensus*, in: Potter, William C./Mukhatzanova, Gaukhar (Hrsg.): *Forecasting Nuclear Proliferation in the 21st Century. The Role of Theory (Vol.1)*, Stanford: Stanford UP, 13-37.

Iida, Keisuke (1993): *Analytic Uncertainty and International Cooperation: Theory and Application to International Economic Policy Coordination*. *International Studies Quarterly* 37:4, 431–457.

Keller, Patrick (2008): *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush*, Paderborn.

Khong, Yuen Foong (2008): Neoconservatism and the domestic sources of American foreign policy: the role of ideas in Operation Iraqi Freedom, in: Smith, Steve/Hadfield, Amelia/Dunne, Tim (Hrsg.): Foreign Policy: theories, actors, cases, New York, 251-267.

Knopf, Jeffrey W. (1998): Domestic Society and International Cooperation: The Impact of Protest on US Arms Control Policy, New York: Cambridge University Press.

Kupchan, Charles A./Trubovitz, Peter L. (2007): Dead Center: The Demise of Liberal Internationalism in the United States, in: International Security 32: 2, 7-44.

Lobell, Steven E. (2009): Threat assessment, the state, and foreign policy: a neoclassical realist model, in: Lobell, Steven et al. (Hrsg.): Neoclassical Realism, the State, and Foreign Policy, Cambridge, 42-74

Mitchell, David/Massoud, Tans George (2009): Anatomy of Failure: Bush's Decision-Making Process and the Iraq War, in: Foreign Policy Analysis 5: 3, 265-286.

Mitzen, Jennifer (2006): Ontological Security in World Politics: State Identity and the Security Dilemma, in: European Journal of International Relations 12: 3, 341–370.

National Intelligence Council (NIC), (1999): Foreign Missile Developments and the Ballistic Missile Threat to the United States Through 2015, http://www.nti.org/e_research/official_docs/cia/9-99CIA.pdf [13.09.2010].

The White House (2002): National Security Strategy of the United States, <http://www.globalsecurity.org/military/library/policy/national/nss-020920.pdf>

O'Neill, Peter (2010): Verification in an Age of insecurity: the future of arms control compliance, New York.

Perkovich, George 2006: Democratic Bomb: Failed Strategy, Washington, DC, http://www.carnegieendowment.org/files/PB49_final1.pdf

Rudolf, Peter (2010): Das neue Amerika. Außenpolitik unter Barack Obama, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Rumsfeld Commission (1998): Report of the Commission To Assess the Ballistic Missile Threat to the United States, July 15, 1998, <http://www.fas.org/irp/threat/missile/rumsfeld/> [13.09.2010].

Salomon, Ray 2010: U.S., Hanoi in Nuclear Talks, Wall Street Journal, 03.08.2010.

Schweller, Randall (1994): Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In, in: International Security 19, 72–107.

Simpson, Gerry/Wheeler, Nicholas (2007): Preemption and Exception: International Law and the Revolutionary Power, in: Biersteker, Thomas (ed.): International Law and International Relations: Bridging Theory and Practice, New York: Routledge, 111-126

Sterling-Folker, Jennifer (2009): Neoclassical realism and identity: peril despite profit across the Taiwan Strait, in: Lobell, Steven et al. (Hrsg.), Neoclassical Realism, the State, and Foreign Policy, Cambridge, 99-138.

Sterling-Folker, Jennifer (2002): Theories of International Cooperation and the Primacy of Anarchy. Explaining US International Monetary Policy-Making After Bretton Woods, Albany.

Taliaferro, Jeffrey W. (2005): Neoclassical Realism: Prestige, Loss Aversion, and Great Power Intervention, in: Sterling-Folker, Jennifer (Ed.): Making Sense of International Relations Theory, Boulder.

Taliaferro, Jeffrey W. (2001): Security Seeking Under Anarchy: Defensive Realism Reconsidered, in: International Security 25, 128–161.

Walt, Stephen M. (2005): Taming American Power: The Global Response to U.S. Primacy. W.W. Norton.

Walt, Stephen M. (1987): The origins of alliances. Ithaca: Cornell UP

Waltz, Kenneth (1996): International Politics is not Foreign Policy, in: Security Studies 6:1, 54-57.

Wolforth, William (1993): The Elusive Balance: Power and Perceptions during the Cold War, Ithaca: Cornell UP.